09. 12. 97

Große Anfrage

der Abgeordneten Hansjürgen Doss, Ernst Hinsken, Gunnar Uldall, Anneliese Augustin, Heinz-Günther Bargfrede, Dr. Wolf Bauer, Wolfgang Börnsen (Bönstrup). Wolfgang Bosbach, Klaus Brähmig, Monika Budlewsky, Hartmut Büttner (Schönebeck), Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Wolfgang Dehnel, Hubert Deittert, Albert Deß, Renate Diemers, Werner Dörflinger, Wolfgang Engelmann. Jochen Feilcke, Dirk Fischer (Hamburg), Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel. Peter Götz, Claus-Peter Grotz, Manfred Heise, Dr. Dionys Jobst, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Egon Jüttner, Steffen Kampeter, Volker Kauder, Dr. Bernd Klaußner, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Manfred Kolbe, Eva-Maria Kors, Hartmut Koschyk, Werner Lensing, Christian Lenzer, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Erwin Marschewski, Günter Marten, Dr. Michael Meister, Friedrich Merz, Hans Michelbach, Engelbert Nelle, Dr. Rolf Olderog, Friedhelm Ost, Dr. Gerhard Päselt. Ulrich Petzold, Dr. Hermann Pohler, Rolf Rau, Otto Regenspurger, Christa Reichard (Dresden), Erika Reinhardt, Roland Richter, Kurt J. Rossmanith, Dr. Christian Ruck, Heinz Schemken, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Wolfgang Schulhoff, Clemens Schwalbe, Wilhelm Josef Sebastian, Marion Seib, Heinz-Georg Seiffert, Johannes Singhammer, Bärbel Sothmann, Margarete Späte, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Gert Willner, Dagmar Wöhrl, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paul K. Friedhoff, Jürgen Türk und der Fraktion der F.D.P.

Situation und Perspektiven des Handwerks in der Bundesrepublik Deutschland

Das Handwerk ist nach der Industrie der zweitgrößte Wirtschaftsbereich in Deutschland. In der Vergangenheit hat das Handwerk seine Leistungskraft für die marktwirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, vor allem auch bei der Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen des "Aufbaus Ost", unter Beweis gestellt. Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Wirtschaft in den neuen Ländern hat das Handwerk eindrucksvolle Leistungen erbracht. Nach Jahren wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung verzeichnet das deutsche Handwerk derzeit wirtschaftliche Probleme, die auch nicht ohne Auswirkungen auf die Beschäftigung bleiben. Das Handwerk hat bisher die erforderlichen Anpassungsprozesse weitgehend immer aus eigener Kraft bewältigt; es ist für die Lösung einer Reihe aktueller Probleme allerdings auch auf die entsprechende Anpassung der politischen Rahmenbedingungen angewiesen.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

- I. Zur Struktur des deutschen Handwerks:
 - 1. Wie hoch ist die Zahl der Handwerksbetriebe in Deutschland, und wie hat sie sich in den letzten 10 Jahren entwickelt (getrennt nach alten und neuen Ländern)?
 - 2. Wie hoch die die Zahl der Arbeitnehmer im deutschen Handwerk, und wie hat sie sich in den letzten 10 Jahren entwickelt (getrennt nach alten und neuen Ländern)?
 - 3. Welchen Anteil am BIP (Bruttoinlandsprodukt) der Bundesrepublik Deutschland erwirtschaftet das Handwerk, und wie hat er sich in den letzten 10 Jahren entwickelt (getrennt nach alten und neuen Ländern)?
 - 4. Wie hoch ist die Zahl der Auszubildenden im deutschen Handwerk und der entsprechende Anteil an der Gesamtzahl aller Lehrstellen in Deutschland, und wie haben sich diese Werte in den letzten 10 Jahren entwickelt (getrennt nach alten und neuen Ländern)?
 - 5. Welchen Anteil hat das Handwerk an der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren?
- II. Zur aktuellen wirtschaftlichen Situation des deutschen Handwerks und zur Handwerkspolitik:
 - 6. Wie entwickelt sich die Lage des Handwerks im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung?
 - Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung Unterschiede, und wenn ja, sind diese strukturell oder konjunkturell bedingt?
 - 7. Wie viele Existenzgründungen hat es im Handwerk in den letzten 10 Jahren gegeben, wie viele Arbeitsplätze wurden hierdurch geschaffen, und wie viele neugegründete Betriebe haben die Gründungsphase überstanden (getrennt nach alten und neuen Ländern)?
 - 8. Wie stellt sich demgegenüber die Insolvenzentwicklung im Handwerk dar, und welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die wesentlichen Ursachen für diese Entwicklung (getrennt nach alten und neuen Ländern)?
 - 9. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Eigenkapitalsituation der Handwerksunternehmen vor?
 - Welches sind die zentralen Ursachen für Eigenkapitalprobleme, und welche Maßnahmen sind zur Stärkung des Eigenkapitals besonders geeignet?
 - 10. Sind zusätzliche Schritte erforderlich, damit das Handwerk auch künftig seine bisherige Rolle als Stabilisator auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen kann?
 - 11. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung betreffend Probleme im Handwerk wegen zunehmender Verpflichtungen zur Stellung von Vertragserfüllungs- und Gewährleistungsbürgschaften – besonders im Hinblick auf deren

negative Konsequenzen für die Kreditfinanzierungsspielräume zur Vorfinanzierung von neuen Aufträgen –, und sieht sie Entlastungsmöglichkeiten?

III. Zur steuerlichen Situation des Handwerks:

- 12. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Verbesserung der steuerlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen ergriffen?
- 13. Welche Belange des Handwerks sind bei der weiteren Reform des deutschen Steuersystems zu beachten?

IV. Zur staatlichen Förderung im Handwerk:

- 14. Welchen Beitrag hat die Bundesregierung bisher zur Förderung des Handwerks geleistet?
- 15. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung zur Steigerung von Transparenz und Konsistenz der Mittelstandsförderung unternommen, und welche weiteren hält sie zur Umsetzung dieses Ziels für erforderlich?
- 16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß es nach häufig zitierten Aussagen über 650 Förderprogramme auf Bundes-, Länder- und EU-Ebene gibt, und hat die Bundesregierung Erkenntnisse über die Wirkungsweise der verschiedenen Programme?
- 17. Welche Rolle spielen die ERP- und EKH-Programme (ERP: European Recovery Program, EKH: Eigenkapitalhilfe) für das Handwerk?
 - a) Ist die beim ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm in der Regel vorausgesetzte Grenze für vorhandenes Eigenkapital von 15 % noch angemessen?
 - b) Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhältnis des neuen Instrumentariums der Haftungsfreistellung zu den klassischen Bürgschaftsinstrumenten?
- 18. Welche volkswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung mißt die Bundesregierung der Gründung sowie der Sicherung bestehender Handwerksbetriebe bei?
 - a) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen und welche wird sie ergreifen, um den Generationswechsel im Handwerk zu sichern?
 - b) Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung den technischen und wirtschaftlichen Anpassungsprozeß des Handwerks?

V. Zur Berufsbildung im Handwerk:

19. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um Bildung und Ausbildung im Handwerk zu unterstützen?

- 20. In welchem Umfang fördert die Bundesregierung Bildungseinrichtungen des Handwerks?
 - Wie haben sich die Mittelansätze des Bundeshaushalts für die Gewerbeförderung des Handwerks im Einzelplan des Bundesministeriums für Wirtschaft in den vergangenen Jahren entwickelt?
 - a) Wie beurteilt die Bundesregierung einen vom Handwerk behaupteten haushaltsmäßigen Fehlbedarf bei der Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung vor dem Hintergrund der Bemühungen des Handwerks, die Ausbildungsbereitschaft zu steigern?
 - b) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den mittelfristigen Investitionsaufwand bis 1999 für die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten ein?
 - c) Inwieweit ist es in den kommenden Jahren für die Bundesregierung möglich, sich an dem weiteren Ausbau und der Modernisierung der Berufsbildungsstätten des Handwerks zur Erhaltung und Verbesserung der Ausbildungsqualität zu beteiligen?
- 21. Gibt es angesichts der rückläufigen Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen im Handwerk eine nachlassende Ausbildungsbereitschaft, und welche Gründe liegen hierfür ggf. vor?
- 22. Welche Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung vorgesehen, um die Ausbildungsbereitschaft des Handwerks im Hinblick auf die bis zum Jahr 2005 zu erwartende steigende Nachfrage nach Lehrstellen zu verbessern?
 - Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit den Bündnissen für mehr Arbeitsplätze in den neuen Ländern gemacht?
- 23. Welche Möglichkeiten ergeben sich aus der Novellierung der Handwerksordnung und Überarbeitung der Anlagen A und B für die Ausbildung?
- 24. Welche Bedeutung hat die berufliche Weiterbildung der Unternehmer sowie der Fach- und Führungskräfte für das personalintensive Handwerk, um im Wettbewerb bestehen zu können?
 - Welche Konzepte verfolgt die Bundesregierung in der beruflichen Weiterbildung für das Handwerk, und welche Fördermittel will sie dafür einsetzen?
- 25. Sieht die Bundesregierung in der verschiedentlich geforderten Ausbildungsplatzabgabe eine Möglichkeit zur Förderung der Ausbildungsanstrengungen im Handwerk?
- VI. Zu europapolitischen Aspekten:
 - 26. Welche Vorteile bietet die weiter fortschreitende EU-Integration für das deutsche Handwerk?

27. Mit welchen Auswirkungen auf das Handwerk ist bei Realisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungs- union zu rechnen?

Welche Umstellungsvariante (kurze oder mittlere Übergangszeit oder "big bang") wäre für Handwerksbetriebe vorteilhaft?

Welche Umstellungskosten würden sich daraus ergeben, und welche Möglichkeiten gibt es, diese zu minimieren?

28. Sind darüber hinaus Auswirkungen der Währungsunion auf Wettbewerbsbedingungen und damit auf die Arbeitsmarktund Ausbildungssituation im Handwerk zu erwarten?

VII. Zur Sozialpolitik:

- 29. Welche Maßnahmen zur Reduzierung der Kostenbelastung für kleine und mittlere Unternehmen im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik hat die Bundesregierung in den letzten Jahren, insbesondere im Programm für Wachstum und Beschäftigung, ergriffen?
- 30. Welche Rolle spielen die sog. "geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse" im Handwerk?
- 31. Welche Regelungen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten der EU, um durch Schwellenwerte für mittelständische Unternehmen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht sowie im Arbeitsförderungs- und Arbeitsschutzrecht einen Schutz vor Überforderung der Betriebe sicherzustellen?

VIII. Bürokratiebelastung des Handwerks:

- 32. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Senkung der Bürokratiebelastung für Unternehmen des Handwerks ergriffen?
- 33. Wie hoch ist die Durchschnittsbelastung eines Handwerksbetriebes aufgrund bürokratischer Hilfsdienste in DM, und wie hoch im Vergleich ist die Durchschnittsbelastung eines Großunternehmens?
- 34. Welche weiteren Maßnahmen zur Reduzierung der Bürokratiebelastung, speziell für kleine und mittlere Unternehmen, hält die Bundesregierung für geeignet?
- 35. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung einer "Mittelstandswirkungsklausel", ähnlich dem "fiche d'impact" bei europäischen Rechtsetzungsakten, als Möglichkeit, um die Bürokratiebelastung weitgehend zu verhindern?

- IX. Zur Situation des Handwerks in den neuen Bundesländern:
 - 36. Wie hat sich das Handwerk in den neuen Ländern seit der deutschen Einigung entwickelt (Stand: 1990 bis heute, Zahl der Existenzgründungen, Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze)?
 - 37. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Förderung des Handwerks in den neuen Ländern ergriffen?
 - 38. In welchem Umfang werden die vom Bund für die Industrieforschung in den neuen Bundesländern aufgelegten Födermaßnahmen vom Handwerk genutzt?
 - 39. Wie hat sich der durch das AFG-Reformgesetz eingeführte Einstellungszuschuß gemäß § 249 h Arbeitsförderungsgesetz auf das Einstellungsverhalten der Betriebe ausgewirkt?
 - 40. Wie schätzt die Bundesregierung die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten des Handwerks in den neuen Bundesländern ein?
 - 41. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Verbesserung der Zahlungsmoral?
 - 42. Welche Schritte sind geeignet, die Stabilität der in den neuen Bundesländern entstandenen Handwerksstrukturen zu erhöhen?

Bonn, den 9. Dezember 1997

Hansjürgen Doss Ernst Hinsken Gunnar Uldall Anneliese Augustin Heinz-Günther Bargfrede

Dr. Wolf Bauer

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Wolfgang Bosbach Klaus Brähmig Monika Budlewsky

Hartmut Büttner (Schönebeck)
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Wolfgang Dehnel Hubert Deittert Albert Deß Renate Diemers Werner Dörflinger Wolfgang Engelmann Jochen Feilcke

Dirk Fischer (Hamburg)

Erich G. Fritz

Hans-Joachim Fuchtel

Peter Götz

Claus-Peter Grotz

Manfred Heise Dr. Dionys Jobst Dr.-Ing. Rainer Jork Dr. Egon Jüttner Steffen Kampeter Volker Kauder Dr. Bernd Klaußner

Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)

Manfred Kolbe Eva-Maria Kors Hartmut Koschyk Werner Lensing Christian Lenzer

Erich Maaß (Wilhelmshaven)

Erwin Marschewski Günter Marten Dr. Michael Meister Friedrich Merz Hans Michelbach Engelbert Nelle Dr. Rolf Olderog Friedhelm Ost Dr. Gerhard Päselt Ulrich Petzold Dr. Hermann Pohler

Rolf Rau

Otto Regenspurger

Christa Reichard (Dresden)

Erika Reinhardt Roland Richter Kurt J. Rossmanith Dr. Christian Ruck Heinz Schemken

Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)

Dr. Erika Schuchardt Wolfgang Schulhoff Clemens Schwalbe Wilhelm Josef Sebastian **Marion Seib**

Heinz-Georg Seiffert Johannes Singhammer Bärbel Sothmann Margarete Späte

Dr. Klaus-Dieter Uelhoff Alois Graf von Waldburg-Zeil

Gert Willner Dagmar Wöhrl Wolfgang Zöller

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Paul K. Friedhoff Jürgen Türk

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion